

3.2. Indonesien: Ein neuer Präsident, aber viele Kontinuitäten

Patrick Ziegenhain

President University, Cikarang

3.2.1. Einleitung

Im Jahr 2025 wurde die politische und sozioökonomische Landschaft Indonesiens maßgeblich durch das erste volle Amtsjahr von Prabowo Subianto geprägt, das von einer Konsolidierung der exekutiven Macht und eine Stärkung des Militärs gekennzeichnet war.¹ Weitere wichtige Merkmale waren der Abbau demokratischer Strukturen, der ambitionierte Ausbau der staatlichen Sozialleistungen sowie weitgehende außenpolitische Kontinuität. Im Rückblick ebenfalls von großer Bedeutung waren die landesweiten Unruhen, die Indonesien Ende August 2025 erschütterten.

In der Gesamtschau der Regierungsarbeit von Präsident Prabowo im Jahr 2025 zeigen sich deutliche Kontinuitäten zu den politischen Ausrichtungen seines Vorgängers Joko Widodo (oft „Jokowi“ genannt). Nachdem dessen zehnjährige Amtszeit im Oktober 2024 verfassungsgemäß endete und eine weitere Kandidatur ausgeschlossen war, wurde im Februar 2024 ein neuer Präsident gewählt. Die feststellbare Kontinuität in der Regierungsarbeit steht dabei in engem Zusammenhang mit dem von dem scheidenden Präsidenten Jokowi strategisch vorbereiteten politischen Übergang.

Zur Sicherung seines – beziehungsweise des politischen Einflusses seines familiären Umfelds – ging Jokowi eine politische Verständigung mit seinem damaligen Verteidigungsminister, dem pensionierten Armeegeneral Prabowo Subianto, ein. Im Gegenzug für seine Unterstützung im Wahlkampf sagte der 72-jährige, wohlhabende und gut vernetzte Prabowo zu, zentrale Projekte der Jokowi-Ära fortzuführen und dessen Sohn Gibran als Vizepräsidenten zu akzeptieren. In der Folge trug Jokowi mit der Nutzung administrativer und finanzieller Einflussmöglichkeiten seiner Regierung maßgeblich zum Wahlsieg Prabowos bei den Präsidentschaftswahlen im Februar 2024 bei.

Jokowis politisches Manöver, seinen politisch recht unerfahrenen Sohn Gibran zum Vizepräsidenten zu machen, ist fragwürdig und schadet Indonesiens fragiler Demokratie. Darüber hinaus war die Kandidatur auch in rechtlicher Hinsicht nicht zulässig. Als sich Gibran im Oktober 2024 bei

der nationalen Wahlbehörde (Komisi Pemilihan Umum, KPU) offiziell als Vizepräsident registrierte, hatte er das laut Verfassung erforderliche Mindestalter von 40 Jahren noch nicht erreicht.

Eigentlich hätte die KPU die Kandidatur nicht zulassen dürfen, was aber dennoch geschah. Der Fall wurde im Wege eines Eilantrags an das indonesische Verfassungsgericht weitergeleitet, das überraschend entschied, ihn trotz Unterschreitens der Altersgrenze zur Wahl zuzulassen. Es blieb ein fahler Beigeschmack, denn diese Entscheidung wurde maßgeblich von Jokowi Schwager, dem Verfassungsgerichtsvorsitzenden Anwar Usman, getroffen, der zugleich Gibrans Onkel ist.

Wenige Wochen später ordnete der Ethikrat des Verfassungsgerichts die Absetzung Anwar Usmans von seinem Führungsposten an und verbot ihm die Teilnahme an Wahlangelegenheiten. Er wurde eines „schweren ethischen Verstoßes“ für schuldig befunden, da er den Fall trotz enger familiärer Verbindung und damit fehlender Neutralität übernahm, um den Weg für die Kandidatur Gibrans zu ebnen. Trotz der klaren Worte und Entscheidung des Ethikrats blieb die sehr fragwürdige Entscheidung bestehen: Gibran durfte zur Wahl antreten und wurde im Oktober 2024 als Vizepräsident vereidigt.

Jokowis dynastische Absichten werden dadurch verstärkt, dass er auch seinen zweiten Sohn, den 29-jährigen Kaesang Pangarep, in die Politik schickte. Nur zwei Tage, nachdem dieser ohne jegliche politische Erfahrung der PSI (Partai Solidaritas Indonesia) beigetreten war, wurde er im September 2023 zum neuen Parteivorsitzenden gewählt. Für das Jahr 2024 plante sein Vater, ihn als Vizegouverneur der Provinz Zentraljava einzusetzen. Mit 37,6 Millionen Einwohnern zählt diese zu den politisch und wirtschaftlich bedeutendsten Provinzen des Landes.

Wie bereits bei seinem älteren Bruder sah sich auch Kaesang mit dem rechtlichen Hindernis konfrontiert, dass er aufgrund seines Alters nicht für das Amt des Vizegouverneurs kandidieren durfte. Entsprechend wurde seine Kandidatur von der Wahlkommission zurückgewiesen. Der Rechtsstreit gelangte schließlich vor das Verfassungsgericht, dessen personelle Zusammensetzung sich zwischenzeitlich infolge des Ausscheidens von Kaesangs Onkel Anwar Usman verändert hatte. Das Gericht bestätigte letztlich das bestehende Kandidaturverbot. Gleichwohl gelang es bei den Regionalwahlen im November 2024 einem anderen Mitglied des sogenannten „Jokowi-Clans“, eine bedeutende politische Position zu erlangen: Bobby Nasution, der mit einer Tochter Jokowi verheiratet ist, wurde zum Gouverneur der Provinz Nordsumatra gewählt.

3.2.2. Dynastien

Jokowi, der 2005 als politischer Neuling mit seiner Wahl zum Bürgermeister der zentraljavanischen Stadt Solo auf die nationale politische Bühne trat, vermochte im Laufe seiner Karriere eine politische Dynastie aufzubauen, die auch über seine Amtszeit als Präsident hinaus erheblichen Einfluss ausüben wird. Politische Dynastien gelten jedoch als problematisch für demokratische Systeme, da sie dem Gleichheitsprinzip widersprechen und strukturelle Vetternwirtschaft begünstigen. Werden politische Schlüsselpositionen bevorzugt an Familienangehörige vergeben, tritt das Prinzip der Meritokratie in den Hintergrund, wonach politische Macht auf individueller Qualifikation, Leistung und Befähigung beruhen sollte. Politische Ordnungen, die von einem engen Kreis familiärer Netzwerke dominiert werden, stehen daher im Spannungsverhältnis zu demokratischen Grundwerten wie Rechtsstaatlichkeit und Gleichheit vor dem Gesetz.

Die zunehmende Bedeutung von Dynastien in der indonesischen Politik wird dadurch unterstrichen, dass mehr als 100 der 575 Abgeordneten des nationalen Repräsentantenhauses Mitglieder politischer Clans sind. In der Vergangenheit gab es in Indonesien zwar auch einige Anzeichen für eine Dynastienpolitik, doch hat diese inzwischen ein solches Ausmaß angenommen, dass das Land heute immer mehr den Philippinen ähnelt. Dort wird das politische System seit Jahrzehnten von einer Handvoll Familienclds dominiert. Kein Wunder, dass der neue Präsident des Landes, Prabowo Subianto, der Sohn eines ehemaligen wichtigen Ministers ist und in den 1980er- und 1990er-Jahren an die Macht kam, indem er die Tochter des damaligen starken Mannes Suharto heiratete.

Der Aufstieg dynastischer Politik stellt jedoch lediglich eines von mehreren Symptomen eines umfassenderen demokratischen Erosionsprozesses dar. Die Wahlen im Jahr 2024 gelten als die unfairsten und am stärksten manipulierten seit dem Ende der autoritären „Neuen Ordnung“ im Jahr 1998: Das Kandidatenpaar Prabowo-Gibran profitierte dabei von einer weitreichenden Unterstützung durch den Staatsapparat, zahlreiche lokale Regierungen, große Teile der Medien sowie durch Armee und Polizei. Darüber hinaus wurden große Mengen staatlicher Gelder (getarnt als *bantuan sosial*, Sozialhilfe) unter ärmeren Wählern verteilt, um Stimmen für Prabowo und Gibran zu sichern.

Auf der jährlichen Plenarsitzung der Volkskonsultativ-Versammlung (Majelis Permusyawaratan Rakyat, MPR) im August 2024 äußerte die Sprecherin des Repräsentantenhauses, Puan Maharani, ihre Besorgnis über den

Zustand der Demokratie in Indonesien. Indirekt übte sie damit auch Kritik an Jokowi, als sie betonte, Indonesien sei „ein Land für alle, nicht nur für eine Person oder Gruppe“. In Bezug auf die Präsidentschaftswahlen im Februar 2024 stellte sie rhetorisch die Frage: „Das Volk hat durch Wahlen abgestimmt. Aber wurden diese Wahlen in einem freien, ehrlichen und fairen Prozess durchgeführt? Beantworten Sie diese Frage bitte selbst.“²

Bei den Parlamentswahlen, die zeitgleich mit den Präsidentschaftswahlen stattfanden, konnten acht Parteien die Vier-Prozent-Hürde überwinden. Im Nachgang der Wahlen entschieden sich sieben von ihnen, die Regierung Prabowo zu unterstützen. Nur eine Partei trat der Regierungskoalition nicht bei, erklärte aber, ebenfalls nicht als Opposition, sondern als kritischer Partner der Regierung gesehen werden zu wollen. Infolgedessen werden die „Checks and Balances“ zwischen Exekutive und Legislative, die typischerweise ein Kennzeichen eines Präsidialsystems sind, voraussichtlich nur schwach ausgeprägt sein. Dies ist jedoch keine Neuerung: Schon zwischen 2019 und 2024 kontrollierte die Regierung Joko Widodo über 80 % der Sitze im nationalen Parlament.

Neu war dieses Mal, dass die Regierung von Präsident Prabowo Subianto ein überdimensioniertes Kabinett bildete, um alle Koalitionsparteien sowie andere gesellschaftliche Kräfte zu belohnen. Das Kabinett von Präsident Prabowo Subianto ist mit 48 Ministern, 56 Vizeministern und fünf Leitern von Behörden auf Ministeriebene das größte in der indonesischen Geschichte. Dieses aufgeblähte Kabinett wurde erst möglich, nachdem das Repräsentantenhaus die 2008 per Gesetz festgelegte Obergrenze von 34 Ministern kurzfristig aufhob.

Die rasche Erweiterung des Kabinetts im Jahr 2025 hat erhebliche institutionelle Reibungsverluste verursacht. Im Bildungssektor beispielsweise führte die Aufteilung des ehemaligen Ministeriums für Bildung, Kultur, Forschung und Technologie in drei separate Einrichtungen zu einem logistischen Engpass. Die Mitarbeiter waren sich ihrer Richtlinien und Befugnisse oft nicht im Klaren, und die Budgetauslastung sank auf ein Rekordtief, da die digitalen Systeme für die Gehaltsabrechnung und die Beschaffung von Grund auf neu entwickelt werden mussten.

3.2.3. *Militär*

Die zunehmende Bedeutung des Militärs kann als ein weiterer zentraler Faktor für den Rückgang demokratischer Strukturen gewertet werden. Die-

se Entwicklung ist nicht neu, da bereits in den letzten Jahren der Jokowi-Regierung zahlreiche pensionierte Angehörige von Streitkräften und Polizei in Schlüsselpositionen der Verwaltung berufen wurden. Zudem unterstützte auch die Vorgängerregierung zunehmend die Bestrebungen des Militärs, auch nicht-verteidigungsbezogene Aufgaben zu übernehmen.

Dieser Trend wurde vom neugewählten Präsidenten Prabowo fortgesetzt, der seine Amtszeit mit einer dreitägigen Kabinettsklausur an der Militärakademie in Magelang in Zentraljava begann. Präsident Prabowo erklärte, dass dieses „Bootcamp“ dazu dienen sollte, Disziplin und Einheit in seinem Kabinett zu fördern. Alle Minister mussten in Militäruniform erscheinen, zwei Nächte in provisorischen Zelten verbringen, und an frühmorgendlichen Sporteinheiten, drillartigen Übungen sowie militärischen Appellen teilnehmen. Prabowo kündigte außerdem die Einrichtung neuer regionaler Militärkommandos (Kodam) an, um die bestehenden zu verstärken. Die Stärkung der Militärstruktur durch die Bildung neuer Militärkommandos und deren Integration in die lokale Verwaltung birgt jedoch das Risiko, dass die Grenzen zwischen militärischen und zivilen Funktionen auf lokaler Ebene verschwimmen.

Die Regierung unter Prabowo nahm zudem umfangreiche Änderungen am Gesetz zur Rolle des Militärs vor. Das nun als Gesetz Nr. 3/2025 bekannte Gesetz wurde im März 2025 einstimmig vom indonesischen Parlament verabschiedet. Die wichtigste Bestimmung des geänderten Gesetzes war die Erweiterung der zivilen Rollen für aktives Militärpersonal. Die Zahl der zivilen Einrichtungen, in denen aktive Militäroffiziere dienen können, ohne aus den Streitkräften ausscheiden zu müssen, wurde von zehn auf 14 erhöht. Die Liste war zuvor hauptsächlich auf sicherheitsrelevante Behörden beschränkt und umfasst nun 14 Positionen, darunter die Nationale Agentur für Katastrophenschutz (BNPB), die Nationale Agentur für Grenzschutz (BNPP), die Nationale Agentur für Terrorismusbekämpfung (BNPT), die Agentur für Maritime Sicherheit (Bakamla) und das Büro des Generalstaatsanwalts (Kejagung). Zudem wurde das Renteneintrittsalter für alle Dienstgradgruppen um durchschnittlich zwei Jahre erhöht.

Das Gesetz erweitert außerdem den Umfang nicht-kriegerischer Militäroperationen von 14 auf 16 Aufgaben und fügt Zuständigkeiten wie Cyberabwehr sowie den relativ unpräzise definierten Schutz indonesischer Bürger und nationaler Interessen im Ausland hinzu. Die Verabschiedung dieser Änderungen stieß auf erheblichen Widerstand seitens zivilgesellschaftlicher Organisationen, Menschenrechtsgruppen und Demokratieaktivisten.

Kritiker argumentieren, dass die erweiterte Rolle des Militärs in zivilen Angelegenheiten ein Spiegelbild der Doktrin der „Doppelfunktion“ (*dwi-fungsi*) aus der autoritären Suharto-Ära (1965–1998) sei, in der das Militär sowohl im Verteidigungs- als auch im Zivilsektor dominierte. Sie äußerten die Sorge, dass dies die demokratischen Reformen und die zivile Kontrolle untergraben könnte, die seit dem Ende von Suhartos Herrschaft im Jahr 1998 etabliert wurden. Nach der Verabschiedung des Gesetzes kam es im ganzen Land zu Protesten. Tausende von zumeist studentischen Demonstranten forderten die Rücknahme der Gesetzesänderungen. Eine Online-Petition gegen das Gesetz sammelte innerhalb einer Woche über 57.000 Unterschriften und spiegelte damit den weit verbreiteten Widerstand in der Bevölkerung wider.

Die Befürworter der Gesetzesänderungen – darunter Präsident Prabowo Subianto und Verteidigungsminister Sjafrie Sjamsoeddin – argumentieren, dass die Änderungen notwendig seien, um die Rolle des Militärs an die aktuellen Herausforderungen, wie Cyberbedrohungen und die Notwendigkeit einer effizienten Katastrophenhilfe, anzupassen. Sie behaupten, die Änderungen zielten darauf ab, die nationale Sicherheit und die Effizienz der Regierungsführung zu verbessern, ohne demokratische Prinzipien zu beeinträchtigen.

Im Jahr 2025 erlebte Indonesien somit einen tiefgreifenden Wandel in seinen zivil-militärischen Beziehungen, gekennzeichnet durch die formale Wiedereingliederung der indonesischen Streitkräfte in das zivile und sozioökonomische Gefüge des Landes. Unter Präsident Prabowo Subianto wurde diese „strategische Militarisierung“ als Notwendigkeit für nationale Effizienz und Souveränität dargestellt, obwohl sie faktisch den bedeutendsten Rückzug vom Prinzip der zivilen Vorherrschaft der *Reformasi*-Ära seit 1998 bedeutete.

Ebenfalls im Jahr 2025 begann die Regierung, wichtige technokratische und logistische Behörden mit aktiven und kürzlich pensionierten Militärangehörigen zu besetzen. Im Februar 2025 wurde ein aktiver General zum Leiter von Bulog (Badan Urusan Logistik, der staatlichen Logistikagentur) ernannt. Dies war ein symbolischer und funktionaler Wendepunkt, da damit die Mechanismen zur Lebensmittelverteilung und Preiskontrolle des Landes der militärischen Befehlshierarchie unterstellt wurden.

Das Militär wurde darüber hinaus zum Hauptverantwortlichen für die Umsetzung der ambitionierten Agrarexpansion der Regierung, insbesondere in Ostindonesien. Mitte 2025 wurde das indonesische Militär nach Merauke in Südpapua entsandt, um die Rodung von mehr als 100.000 Hektar

Regenwald für Reis- und Zuckerrohrplantagen zu unterstützen.

Während der gerichtlichen Überprüfung des zuvor erwähnten Gesetzes Nr. 3/2025 im September 2025 sagten indigene Gruppen aus, dass Militär-angehörige eingesetzt wurden, um Rodungsgeräte zu eskortieren und lokale Proteste gegen das Projekt zu unterdrücken. Dadurch wurden Umwelt- und Landrechtskonflikte faktisch zu Fragen der nationalen Sicherheit erklärt.

Bis Ende 2025 hatte sich das Militär zunehmend von den Aufgaben einer klassischen Verteidigungsstreitmacht entfernt und sich zu einem „nationalen Entwicklungspartner“ entwickelt. Diese Neuorientierung wurde im Rahmen der Feierlichkeiten zum 80. Jahrestag der Republik Indonesien am 5. Oktober 2025 institutionalisiert, als Präsident Prabowo Subianto das Militär als „Festung der Republik“ und „Rückgrat der nationalen Entwicklung“ hervorhob. Damit befürwortete er faktisch eine Rückkehr zu einer modernisierten Version der *dwi-fungsi*-Doktrin.

3.2.4. Programm für kostenlose, nahrhafte Mahlzeiten

Das Militär spielt, wie bereits kurz erwähnt, auch eine entscheidende Rolle in Präsident Prabowos neuem Schwerpunktprogramm zur Verteilung staatlich geförderter Nahrungsmittel und Milch für alle Schulkinder. Die Einführung des Programms für kostenlose, nahrhafte Mahlzeiten (*Makan Bergizi Gratis*, MBG) im Jahr 2025 bildete den administrativen und finanziellen Schwerpunkt des ersten Amtsjahres von Präsident Prabowo Subianto. Das Programm wurde am 6. Januar 2025 nach der Gründung der Nationalen Ernährungsagentur (Badan Gizi Nasional, BGN) offiziell begonnen. Die Führung der Agentur wurde von pensionierten Militär- und Polizeibeamten und nicht von traditionellen Ernährungswissenschaftlern dominiert, und ihre operative Strategie stützte sich stark auf das territoriale Logistiknetzwerk des Militärs.

Dieser „sicherheitsorientierte“ Ansatz im Sozialwesen ermöglichte zwar eine schnelle Umsetzung, wurde von Wissenschaftlern jedoch kritisiert, da dabei die Geschwindigkeit der Umsetzung Vorrang vor der fachlichen Gesundheitsaufsicht und Ernährungsexpertise hatte. Die Implementierung im Jahr 2025 folgte einem aggressiven Expansionsplan, der die anfänglichen konservativen Schätzungen bei Weitem übertraf. Unter dem Druck der Regierung, Wahlversprechen zu erfüllen, erreichte das MBG-Programm nach Angaben der Regierung bis Ende 2025 rund 40 Millionen Empfänger. Dies wurde durch die Erhöhung der Anzahl der Produktionsküchen auf über 9.600 landesweit erreicht.

Eine große Schwierigkeit bestand darin, dass die schnelle Verbreitung auf Kosten der Etablierung von Hygiene- und Qualitätsstandards erfolgte. Es kam zu mehreren Lebensmittelvergiftungen, was zu weit verbreiteter Kritik an der Qualität des Programms führte. Ein zentraler Kritikpunkt war zudem, dass die Zielgruppe des Programms (Schulkinder zwischen 6 und 18 Jahren) nicht mit dem Hauptziel der Bekämpfung von Wachstumsverzögerungen bei Kleinkindern (Stunting) übereinstimmt.

Das Hauptproblem des MBG-Programms waren jedoch die hohen Ausgaben, die den Staatshaushalt stark belasteten. Wie im späteren wirtschaftlichen Teil dieses Artikels genauer erläutert wird, stiegen die Ausgaben sprunghaft an. Die Umsetzung des Programms für kostenlose, nahrhafte Mahlzeiten steht seit Beginn des zweiten Jahres im Jahr 2026 an einem kritischen Punkt. Während die Regierung hierfür mehr staatliche Mittel verwenden will, haben zivilgesellschaftliche Gruppen alarmierende Kritikpunkte hinsichtlich seiner langfristigen Tragfähigkeit und seiner unmittelbaren Wirkung geäußert.

3.2.5. Finanz- und Haushaltspolitik

Das Haushaltsjahr 2025 war von einer risikoreichen Neuausrichtung geprägt: Einerseits musste die indonesische Regierung die Finanzierung umfangreicher, neuer Sozialprogramme – vor allem des zuvor erwähnten MBG-Programms – sicherstellen, andererseits galt es, die gesetzlichen Vorgaben zur Haushaltsdisziplin einzuhalten. Die Verabschiedung des Haushaltsplans für das Jahr 2026 kann somit als Übergang von der konservativen Stabilität des vergangenen Jahrzehnts zu einem offensiveren, schuldenfinanzierten Entwicklungsmodell interpretiert werden.

Dieser Richtungswandel steht in engem Zusammenhang mit der Ablösung der langjährigen Finanzministerin Sri Mulyani Indrawati im September 2025: Während Sri Mulyani als Vertreterin eines vorsichtigen und von Fiskaldisziplin geprägten Kurses galt, machte ihr Nachfolger Purbaya Yudhi Sadewa klar, dass er einen Kurswechsel von „Stabilität zuerst“ zu einer riskanteren, wachstumsorientierten Finanzpolitik plane, um das ehrgeizige BIP-Wachstumsziel des Präsidenten von 8 % zu erreichen.

Das Haushaltsdefizit belief sich zum Jahresende 2025 auf 695 Billionen Rupiah, was 2,9 % des BIP entspricht. Dieser Wert liegt gefährlich nahe an der gesetzlich festgelegten Obergrenze von 3 % und lässt kaum fiskalischen Spielraum für unerwartete wirtschaftliche Schocks. Insgesamt nahm die

indonesische Regierung im Laufe des Jahres 2025 neue Schulden in Höhe von 744 Billionen Rupiah auf und überschritt damit das ursprüngliche Ziel von 616 Billionen Rupiah deutlich.

Ende 2025 beliefen sich die gesamten ausstehenden Schulden Indonesiens auf 9.420 Billionen Rupiah. Damit überschritt die Schuldenquote die psychologisch wichtige Schwelle von 40 % des BIP. Zwar liegt sie noch deutlich unter der gesetzlichen Grenze von 60 %, dennoch haben internationale Ratingagenturen angesichts dieses Anstiegs Warnungen hinsichtlich steigender Zinsbelastungen ausgesprochen.

Der umstrittenste Aspekt der staatlichen Ausgabenpolitik für das Jahr 2025 war die Umsetzung der Präsidentialverordnung Nr. 1/2025. Diese schrieb eine „Effizienzeinsparung“ von rund 307 Billionen Rupiah vor. Dabei handelte es sich um eine erzwungene Umverteilung bestehender Mittel, um die wichtigsten Programme des Präsidenten zu priorisieren.

Der enorme Finanzierungsbedarf für das MBG-Programm führte zu sichtbaren Kürzungen in anderen Bereichen. Ein erheblicher Teil der geplanten Ausgaben für Bildung – geschätzt über 70 Billionen Rupiah in Jahr 2025 und rund 220 Billionen im Jahr 2026 – wurden in das MBG-Programm umgeleitet.³ Dies führte zu Kürzungen bei staatlichen Universitäten, aber auch bei der Lehrerausbildung und der Instandhaltung von Schulen, insbesondere in weniger entwickelten Regionen.

Auch die Mittelzuweisungen an die Regionalregierungen fielen den Effizienzbestrebungen zum Opfer. Im Vergleich zum Vorjahr fielen die regionalen Transfers um bis zu 30 % geringer aus. Dadurch hatten viele Provinz- und Landkreisregierungen Schwierigkeiten, die laufenden Betriebskosten und die Instandhaltung der lokalen Infrastruktur zu decken. Budgetkürzungen im Verkehrssektor führten beispielsweise Anfang des Jahres 2025 direkt zum Stillstand des gesamten öffentlichen Nahverkehrs in Yogyakarta und auf der Insel Bali.

Durch die Priorisierung des MBG-Programms akzeptierte die Regierung höhere Schuldenstände und reduzierte die fiskalische Autonomie der Kommunen. Das Hauptrisiko für das Jahr 2026 ist, dass die unzureichenden Steuereinnahmen (die bis Ende 2025 nur etwa 78 % des Zielwerts erreichten) noch tiefere Kürzungen oder gar eine Überschreitung der 3 %-Defizitgrenze erzwingen werden.

3.2.6. Weiterbau der neuen Hauptstadt Nusantara

Die Verlegung der indonesischen Hauptstadt von Jakarta, das laut den Vereinten Nationen im Jahr 2025 Tokyo als die größte städtische Agglomeration der Welt überholte, in die peripher gelegene, noch im Aufbau befindliche Hauptstadtneugründung Nusantara in Ost-Kalimantan, war unter dem vorherigen Präsidenten Joko Widodo eine Top-Priorität. Mit diesem Projekt wollte er sich wohl auch für immer in der indonesischen Geschichtsschreibung verewigen. Die ursprünglich bis zum Ende von Jokowi Amtszeit im August 2024 geplante offizielle Verlegung der Hauptstadt von Jakarta nach Nusantara musste allerdings um mehrere Jahre verschoben werden.

Der amtierende Präsident Prabowo Subianto will an der von seinem Vorgänger begonnenen Hauptstadtverlegung festhalten. Allerdings erfuhr das Projekt unter Prabowo einen bedeutenden Identitätswandel. Er positioniert es als Indonesiens „politische Hauptstadt“ und nicht mehr als alleinige nationale Hauptstadt.

Gleichzeitig wurde der Projektumfang reduziert. Mit dem Präsidialdekret Nr. 79 von 2025 erklärte Präsident Prabowo die neue Hauptstadt nicht mehr zum zukünftigen nationalen Zentrum mit einem möglichst großen Zuzug von Menschen und Wirtschaftskraft. Laut Dekret ist das Hauptziel nun, die volle Funktionsfähigkeit der staatlichen Institutionen in Nusantara sicherzustellen, damit die neue „politische Hauptstadt“ bis zum Jahr 2028 funktional voll einsatzbereit ist.

Im Einklang mit den bereits erwähnten umfangreichen Sparmaßnahmen bis 2025 wurden die Ausgaben für die neue Hauptstadt deutlich gekürzt. Die Regierung genehmigte ein Entwicklungsbudget von 49 Billionen Rupiah bis 2028. Dies stellt einen deutlichen Rückgang gegenüber den 75 Billionen Rupiah dar, die im Zeitraum 2022–2024 ausgegeben wurden.

Um die weit verbreitete öffentliche Skepsis zu zerstreuen, verwendete der neue Leiter der Hauptstadtbehörde, Basuki Hadimuljono, im Jahr 2025 wiederholt den Ausdruck „Point of No Return“, um Investoren zu versichern, dass das Projekt trotz eines möglicherweise langsameren Tempos nicht aufgegeben werde.

Obwohl über 500 Absichtserklärungen unterzeichnet wurden, blieben die tatsächlichen ausländischen Privatinvestitionen in die neue indonesische Hauptstadt im Jahr 2025 sehr gering. Die meisten fertiggestellten Gewerbeimmobilien (Hotels und Einkaufszentren) werden nach wie vor von einheimischen Konzernen mit hohen staatlichen Subventionen finan-

ziert. Der geplante Massenumzug der staatlichen Beamten wurde wiederholt verschoben. So lebten Ende 2025 tatsächlich nur etwa 1.500 staatliche Mitarbeiter in Nusantara, weit weniger als die ursprünglich angestrebten 12.000 Personen. Für viele langjährige Beamte ist es wenig attraktiv, mit ihren Familien vom urbanen, hochentwickelten Jakarta in die abgelegene „Geisterstadt“ Nusantara auf der Insel Borneo zu ziehen.

3.2.7. Unruhen im August 2025

Der bedeutendste politische Widerstand gegen die Regierung Prabowo ereignete sich Ende August 2025, als es im gesamten Archipel zu landesweiten Protesten kam. Auslöser der Unruhen war ein umstrittener Vorschlag, die Wohnbeihilfe für Abgeordnete des nationalen Parlaments auf 50 Millionen Rupiah zu erhöhen – das Zehnfache des durchschnittlichen Mindestlohns –, und das inmitten nationaler Sparmaßnahmen.

Die Unruhen waren Teil einer landesweiten Protestwelle gegen die wahrgenommene Korruption der Eliten, sozioökonomischen Druck (wie stagnierende Löhne und Steuererhöhungen) und Forderungen nach politischen Reformen. Sie entwickelten sich zu einer der größten Unruhen in Indonesien seit Jahrzehnten, an der Zehntausende Demonstranten in allen Teilen des Landes teilnahmen.

Der Tod eines Zivilisten bei einem Polizeieinsatz während einer Massendemonstration in Jakarta wirkte wie ein Katalysator: Die Proteste wandten sich nun auch gegen die Polizei, forderten die Auflösung des Parlaments und ein Ende von Korruption und Machtmissbrauch der politischen und wirtschaftlichen Eliten. In Jakarta wurden mehrere Bushaltstellen und andere Gebäude der öffentlichen Infrastruktur beschädigt oder in Brand gesetzt.

In mehreren Auseinandersetzungen setzten Sicherheitskräfte daraufhin Tränengas, Wasserwerfer, Schlagstöcke und körperliche Gewalt ein. Menschenrechtsgruppen berichteten von exzessiver Gewaltanwendung und rechtswidriger Auflösung von Menschenansammlungen.

Die Gewaltspirale in Jakarta griff zwischen dem 28. und 31. August 2025 auf viele andere Städte in ganz Indonesien über. In Bandung (Westjava), Solo und Semarang (beide Zentraljava) sowie Surabaya (Ostjava) kam es zu Angriffen auf Parlaments- und lokale Regierungsgebäude sowie zu Bränden, bei denen die Feuerwehr eingesetzt werden musste. In Makassar (Süd-Sulawesi) wurden am 29. August 2025 vier Menschen getötet,

als Demonstranten das lokale Parlamentsgebäude in Brand steckten. Die Privathäuser einiger landesweit bekannter Politiker wurden attackiert und zerstört.

Erst politische Zugeständnisse der Regierung beendeten Anfang September 2025 die Welle der Gewalt. Angesichts des zunehmenden Drucks und der weit verbreiteten Gewalt kündigte Präsident Prabowo Subianto an, die umstrittenen Vergünstigungen für Abgeordnete auszusetzen. Zugleich wurde die Sicherheitspräsenz massiv erhöht und zahlreiche Militäreinheiten zur Stärkung der inneren Sicherheit eingesetzt.

3.2.8. Außenpolitik unter Präsident Prabowo

Seit seinem Amtsantritt im Oktober 2024 verfolgt Präsident Prabowo Subianto eine selbstbewusstere Außenpolitik als sein Vorgänger Jokowi, der außenpolitisch eher zurückhaltend agierte. Indonesien verfolgt seit Jahrzehnten eine Außenpolitik, die von pragmatischer Blockfreiheit geprägt ist. Prabowos Ansatz legt nun den Fokus auf nationale Interessen, wirtschaftliche Widerstandsfähigkeit und strategische Autonomie. Dabei strebt er Vorteile sowohl für Indonesien als auch für dessen Handelspartner und strategische Partner an, ohne sich in geopolitische Rivalitäten verstricken zu lassen.

Prabowo reiste am 3. September 2025 in die chinesische Hauptstadt Peking. Als einer der vom chinesischen Präsidenten Xi Jinping eingeladenen Staats- und Regierungschefs nahm er an der großen Militärparade in Peking teil, die an den 80. Jahrestag des Sieges Chinas im Zweiten Weltkrieg erinnerte. Mit dem Besuch signalisierte Indonesien seine Bereitschaft, die engen Beziehungen zu China aufrechtzuerhalten, und versicherte dem Land seine Entschlossenheit, die strategische Zusammenarbeit in den Bereichen Handel, Investitionen, Technologie und Infrastruktur zu vertiefen.

Im Jahr zuvor musste sich Prabowos Regierung allerdings mit einigen heiklen geopolitischen Fragen im Verhältnis zu China auseinandersetzen. In einer gemeinsamen Erklärung Chinas und Indonesiens anlässlich Prabowos Besuch in Peking im März 2024 wurde von „überlappenden Ansprüchen im Südchinesischen Meer“ gesprochen. Dies löste in Indonesien Bedenken hinsichtlich der Souveränität über die Natuna-Inseln aus, die innerhalb der chinesischen *Nine-Dash-Line* liegen. Die Regierung stellte ihre Haltung rasch klar und bekräftigte ihr Bekenntnis zum Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen sowie zur territorialen Integrität des

Landes. Sie betonte, dass China zwar ein wichtiger Partner sei, die Souveränität Indonesiens über das gesamte Territorium jedoch nicht verhandelbar sei.

Im Zusammenhang mit der engen Zusammenarbeit mit China ist auch Indonesiens Beitritt zu den BRICS-Staaten zu sehen. Am 7. Januar 2025 wurde das Land Vollmitglied der Staatengemeinschaft. Die Mitgliedschaft war bereits im August 2023 auf dem BRICS-Gipfel in Johannesburg im Konsens beschlossen worden, doch Jakarta wartete mit der Formalisierung bis nach den Präsidentschaftswahlen 2024 und der Bildung der neuen Regierung.

Indonesiens Beziehungen zu den Vereinigten Staaten blieben unter Prabowo stabil, insbesondere in den Bereichen Verteidigung, Technologie und Investitionen. Die USA betrachten Indonesien als einen wichtigen Akteur in Südostasien und als strategisches Gegengewicht zum Einfluss Chinas. Prabowo, der seinen eigenen Hintergrund im Verteidigungsbereich nutzt, hat der militärischen Modernisierung Priorität eingeräumt und begrüßt die weitere Zusammenarbeit mit den USA durch gemeinsame Übungen, Verteidigungsdialoge und Waffenbeschaffung.

In wirtschaftlicher Hinsicht positionieren sich die USA als Partner in wichtigen Mineralienlieferketten, insbesondere angesichts der zentralen Rolle Indonesiens auf dem globalen Nickelmarkt – von entscheidender Bedeutung für die Herstellung von Batterien für Elektrofahrzeuge. Prabowo hat amerikanische Investitionen in die wertschöpfende Verarbeitung und saubere Energie gefördert, was mit seinen umfassenderen Zielen der industriellen Modernisierung und Ressourcensouveränität im Einklang steht.

Mitte Juli 2025 führten Prabowo und US-Präsident Donald Trump mehrere Telefongespräche, um die durch Trumps Zollpolitik verursachten Handelsspannungen zu besprechen. Nach intensiven Verhandlungen einigten sich beide Staatschefs darauf, die Wirtschaftsbeziehungen zu vertiefen und die Zölle auf indonesische Exporte in die USA anzupassen. Prabowo bezeichnete den Dialog als konstruktiv und als Beginn einer „neuen Ära des gegenseitigen Nutzens“.

Am 13. Oktober 2025 nahm Präsident Prabowo am Gaza-Friedensgipfel im ägyptischen Scharm El-Scheich teil, auf dem ein von US-Präsident Trump ausgearbeiteter Friedensplan verabschiedet wurde. Prabowos nicht unumstrittene Teilnahme wurde von der indonesischen Regierung ausdrücklich als Beitrag zur Unterstützung des Waffenstillstands und des Friedensprozesses sowie als Ausdruck des Engagements Indonesiens für eine Beendigung des Konflikts dargestellt. In der Folge warnten jedoch

zahlreiche indonesische Kommentatoren davor, dass eine Beteiligung Jakartas an einem von den Vereinigten Staaten – und indirekt auch von Israel – maßgeblich geprägten Friedensplan die traditionelle außenpolitische Unterstützung Indonesiens für die Schaffung eines unabhängigen palästinensischen Staates untergraben könnte, die über Jahrzehnte hinweg ein zentrales Leitprinzip seiner Diplomatie gewesen ist.

Die Außenpolitik von Präsident Prabowo verfolgt insgesamt klar das Ziel, die Beziehungen zu den USA und zu China ausgewogen zu gestalten. Während China ein zentraler Wirtschaftspartner bleibt, bemüht sich Indonesien unter Prabowo, seine strategische Flexibilität zu wahren, Abhängigkeiten zu vermeiden und die Beziehungen zu den USA sowie zu anderen gleichgesinnten Staaten auszubauen. Dieser Ausgleich setzt die indonesische Doktrin der „freien und aktiven“ (*bebas dan aktif*) Außenpolitik fort, jedoch in einem realistischeren und stärker wirtschaftsorientierten Stil, der von Prabowos ausgeprägtem Führungsstil und seinen nationalistischen Prioritäten geprägt ist.

3.2.9. Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsentwicklung

Indonesien ist nicht nur die größte Wirtschaftsmacht Südostasiens, sondern die vierzehntgrößte Volkswirtschaft weltweit und das einzige südostasiatische Mitglied der G20-Gruppe. Innerhalb von wenigen Jahrzehnten hat sich das Land von einem der weltweit ärmsten Länder in den 1950er und 1960er Jahren zu einem laut Weltbank-Bewertung „upper-middle-income country“ entwickelt. Allein zwischen dem Jahr 2000 (4.784 Int. Dollar) und 2022 (auf 14.5351 Int. Dollar) verdreifachte sich das BIP pro Kopf (laufende Preise; PPP).

Dies reicht der indonesischen Regierung jedoch noch nicht aus. Bis zum 100-jährigen Jubiläum der Republikgründung im August 2045 soll das Land nach dem Willen des neuen Präsidenten ein vollentwickeltes Industrieland sein. Prabowo prägte hierfür das Leitbild „*Indonesia Emas 2045*“ (Goldenes Indonesien 2045). Um dieses Ziel zu erreichen, wären jährliche BIP-Wachstumsraten von über 8 % erforderlich. Zwar forderte Prabowo dies selbstbewusst ein, doch nahezu alle internationalen Finanzinstitutionen halten dies für sehr unrealistisch. Stattdessen werden weiterhin Wachstumsraten von rund 5 % erwartet, die dennoch weit über dem Weltdurchschnitt liegen.

Die wirtschaftliche Gesamtentwicklung Indonesiens im Jahr 2025 lässt sich als „robust, aber angespannt“ beschreiben. Trotz globaler Unsicherhei-

ten verzeichnete das Land einen stetigen Wachstumskurs, der vor allem durch den Binnenkonsum und einen leichten Exportanstieg getragen wurde. Dieses Wachstum ging jedoch mit erheblichen fiskalischen Belastungen einher, da die Regierung zur Finanzierung ihrer wichtigsten Sozial- und Infrastrukturprogramme verstärkt Schulden aufnahm (siehe Abschnitt Finanzpolitik in diesem Artikel).

Die indonesische Wirtschaft wuchs 2025 um etwa 5 %. Die Inflation entwickelte sich über weite Strecken des Jahres positiv, geriet jedoch im Dezember unter Druck und schloss bei 2,9 %. Hauptgrund hierfür waren die stark gestiegenen Lebensmittelpreise infolge regionaler Überschwemmungen und der hohen Nachfrage während der Feiertage am Jahresende. Die Inflation blieb jedoch innerhalb des Zielkorridors der indonesischen Zentralbank von 2,5 bis 3,5 %.

Indonesien zeigte sich außenwirtschaftlich robust und verzeichnete solide Handelsüberschüsse. Dieser Überschuss wurde maßgeblich durch Nicht-Öl-Exporte, beispielsweise von Eisen, Stahl und Fertigwaren, erzielt. China und die USA waren dabei weiterhin die wichtigsten Handelspartner.

Hauptwachstumstreiber waren der Binnenkonsum, ein starker Aufschwung im verarbeitenden Gewerbe und die Lockerung der Geldpolitik. Die Konsumausgaben der privaten Haushalte bildeten weiterhin das Rückgrat der Wirtschaft und machten über 53 % des BIP aus. Unterstützt wurde dies durch staatliche Konjunkturmaßnahmen, darunter Direktzahlungen und die Sonderzahlung für Beamte. Das verarbeitende Gewerbe wuchs in der zweiten Jahreshälfte um 5,7 %, insbesondere in den Bereichen Nahrungsmittel und Getränke sowie Basismetalle, was zu einem Anstieg der Exporte um 10,7 % beitrug. Die indonesische Zentralbank „Bank Indonesia“ (BI) senkte den Leitzins bis August 2025 um 75 Basispunkte auf 5,3 % und stellte damit der Privatwirtschaft dringend benötigte Liquidität zur Verfügung.

Das Jahr 2025 hat gezeigt, dass Indonesien auch unter globalem geopolitischem Druck ein Wirtschaftswachstum von 5 % aufrechterhalten kann. Die Abhängigkeit von einem Haushaltsdefizit von 2,9 % und die Annäherung an die 40-%-Schwelle der Staatsverschuldung deuten jedoch darauf hin, dass die Phase des schuldenfinanzierten Wachstums zu Ende geht. Die größte Herausforderung im Jahr 2026 besteht darin, ob die Regierung ihre Steuerquote (die bei 10 % stagniert) erhöhen kann, um ihre ambitionierten Ziele zu finanzieren, ohne die gesetzliche Defizitgrenze von 3 % zu überschreiten.

Indonesiens Entwicklungsmodell ist seit langem durch einen staatszentrierten Ansatz gekennzeichnet, bei dem die Regierung eine zentrale und proaktive Rolle bei der Steuerung des wirtschaftlichen Fortschritts spielt. Marktmechanismen und private Investitionen sind zwar integraler Bestandteil der indonesischen Wirtschaft, doch ist es oft der Staat, der die Agenda vorgibt, Ressourcen mobilisiert und strategische Sektoren im Einklang mit den nationalen Prioritäten lenkt.

Präsident Prabowo Subianto ist ein starker Anhänger eines staatszentrierten Ansatzes. Anfang 2025 etablierte er den staatlichen Investmentfonds Danantara (Badan Pengelola Investasi Daya Anagata Nusantara) als das bedeutendste wirtschaftliche Experiment seiner Regierung. Die am 24. Februar 2025 gegründete „Superholding“ wurde nach dem Vorbild von Singapurs Temasek geschaffen.

Mit der Gründung Danantaras durch Gesetz Nr. 1/2025 wurde ein Bruch mit der traditionellen bürokratischen Verwaltung staatseigener Unternehmen vollzogen und ein aggressiveres, gewinnorientiertes und zentralisiertes Investitionsmodell eingeführt. Danantaras Hauptaufgabe besteht darin, die Regulierungsfunktion der Regierung von der operativen Verwaltung staatlicher Vermögenswerte zu trennen. Während sich das Ministerium für staatseigene Unternehmen (BUMN) nun ausschließlich auf Regulierungs- und Aufsichtsfunktionen über die staatlichen Unternehmen konzentriert, fungiert Danantara als professioneller Investmentfonds, der die Vermögenswerte der staatlichen Unternehmen bündelt, verwaltet und strategisch investiert.

Im Gegensatz zu anderen Behörden berichtet Danantara direkt an den Präsidenten und umgeht so mehrere bürokratische Kontrollebenen, um schnellere Entscheidungen zu ermöglichen. Ziel ist es, die Staatsbetriebe agiler zu machen und sie in die Lage zu versetzen, ihre Finanzierung selbst zu generieren. Dadurch soll ihre Abhängigkeit vom Staatshaushalt verringert werden. Zudem wird eine jährliche Dividende von 8 Milliarden US-Dollar angestrebt.

Danantara zählte bis Ende 2025 zu den größten staatlichen Unternehmen Südostasiens. Das verwaltete Vermögen belief sich auf rund 600 Milliarden US-Dollar (über 9 Billionen Rupiah) mit dem langfristigen Ziel, die Marke von 980 Milliarden US-Dollar zu übertreffen. Um den Betrieb anzukurbeln, stellte Präsident Prabowo Danantara 20 Milliarden US-Dollar zur Verfügung, die aus Budgetkürzungen anderer Ministerien stammten.

Während die Regierung Danantara als revolutionären „Wachstumsmotor“ präsentiert, wird der staatliche Investmentfonds von vielen kritisiert

und manchmal sogar mit dem gescheiterten malaysischen Staatsfonds IMDB verglichen. Da Danantara direkt dem Präsidenten unterstellt ist und weitreichende Investitionsbefugnisse ohne die übliche parlamentarische Kontrolle besitzt, befürchten Kritiker, dass ein Mangel an Kontrollmechanismen zu massiver Korruption oder Vetternwirtschaft bei Investitionen führen könnte.

Kritiker weisen zudem auf einen Interessenkonflikt zwischen Regulierungsbehörden und dem Staatsfonds hin. Mehrere Vorstandsmitglieder bekleiden gleichzeitig Regierungsämter (z. B. ist der Investitionsminister gleichzeitig CEO von Danantara). Diese Doppelfunktion birgt das Risiko, dass politische Projekte Vorrang vor wirtschaftlicher Rentabilität erhalten.

Indonesiens ausgedehntes Netzwerk aus über 100 staatlichen Unternehmen spielt eine entscheidende Rolle in strategischen Sektoren wie Energie, Bergbau, Telekommunikation, Bankwesen und Landwirtschaft. Unternehmen wie Pertamina (Öl und Gas) und PLN (Elektrizität) dominieren Schlüsselindustrien und setzen häufig staatliche Maßnahmen um, etwa Treibstoffsubventionen oder Ziele für erneuerbare Energien. Der Staat nutzt staatseigene Unternehmen nicht nur zur Bereitstellung von Dienstleistungen, sondern auch als Instrument zur Förderung der Industriepolitik und der wirtschaftlichen Widerstandsfähigkeit.

Präsident Prabowo's Wirtschaftsvision stellt den indonesischen Staat in den Mittelpunkt der Entwicklung – als Strategie, Investor und Umsetzer. Seine Betonung nationaler Souveränität, industrieller Eigenständigkeit und gestärkter staatlicher Institutionen spiegelt eine Vertiefung des staatszentrierten Modells Indonesiens wider. Dieser Ansatz wirft zwar möglicherweise Fragen hinsichtlich der Marktoffenheit und der bürokratischen Dominanz auf, unterstreicht jedoch ein klares Bekenntnis: Der indonesische Staat reguliert die Wirtschaft nicht nur – er lenkt sie.

Prabowo's Wirtschaftsagenda basiert auf dem Prinzip der wirtschaftlichen Souveränität und soll sicherstellen, dass Indonesien nicht zu sehr von ausländischen Importen oder anfälligen globalen Lieferketten abhängig wird. Durch kontinuierliche Investitionen in Infrastruktur und Technologie, die oft über staatseigene Unternehmen oder öffentlich-private Partnerschaften erfolgen, die sich an den Prioritäten des Staates orientieren, versucht die Regierung Prabowo, die nationale Kapazität auszubauen und die Abhängigkeit von ausländischem Kapital und ausländischer Technologie zu verringern. Seine Regierung legt großen Wert auf die Ernährungssicherheit, die Unabhängigkeit der Energieversorgung und die Autonomie der Rüstungsindustrie. Diese Bereiche sind alle stark von staatlicher Planung,

öffentlichen Investitionen und der Mobilisierung staatlicher Unternehmen abhängig.

Um die zuvor erwähnte nationale Ernährungssicherheit zu steigern, hat sich die indonesische Regierung unter Präsident Prabowo eine Modernisierung der Landwirtschaft zum Ziel gesetzt. Geplant sind staatliche Unterstützungsmaßnahmen für die Bewässerungsinfrastruktur, für Saatgut- und Düngemittelunternehmen sowie eine strategische Beschaffungspolitik, die darauf abzielt, Nahrungsmittelimporte zu reduzieren und die Inlandsproduktion zu steigern. Die Regierung kündigte an, dass Indonesien seine Importe drastisch reduzieren und so schnell wie möglich eine Selbstversorgung mit Nahrungsmitteln erreichen solle.

In einem viel beachteten Schritt erklärte Präsident Prabowo am 7. Januar 2026 offiziell, dass Indonesien erstmals eine nahezu vollständige Selbstversorgung mit Reis erreicht habe. Die Regierung gab bekannt, dass die nationale Reisproduktion bei 34,7 Millionen Tonnen lag, was einen Überschuss von 4 Millionen Tonnen ergab. Somit war das Land erstmals seit Jahren nicht mehr auf Reisimporte angewiesen. Dies wurde durch ein Budget für Ernährungssicherheit in Höhe von 139 Billionen Rupiah (ca. 8 Milliarden US-Dollar) im Jahr 2025 unterstützt. Dieses konzentrierte sich auf die Verdopplung der Düngemittelsubventionen und die Anhebung des staatlichen Ankaufspreises für ungeschälten Reis, um das Einkommen der Landwirte zu sichern.

Um die Nahrungsmittelimporte zu stoppen, hat die Regierung unter dem Kommando des Militärs mit dem Bau riesiger Nahrungsmittelplantagen begonnen. Auf zahlreichen Inseln im Osten Indonesiens wurden dafür Wälder gerodet und Sümpfe trockengelegt, um Platz für den Anbau von Maniok, Sojabohnen und Reis zu schaffen. Die neuen Nahrungsmittelplantagen sollen eine Fläche von rund drei Millionen Hektar umfassen, was etwa der Größe Belgiens entspricht. Darüber hinaus plant die Regierung trotz des Widerstands nationaler Umweltschutzgruppen, internationaler Organisationen und der Europäischen Union, riesige Waldflächen in Palmölplantagen umzuwandeln, da Palmöl Indonesiens wichtigstes Exportgut ist.

Die großflächige Umwandlung von Land in Nahrungsmittelplantagen wird nicht nur negative ökologische Auswirkungen haben, sondern auch die Zahl der Landkonflikte erhöhen. Die indonesische zivilgesellschaftlichen Organisation KPA (Konsorsium Pembaruan Agraria, Konsortium für Agrarreformen) verzeichnete einen Anstieg der Agrarkonflikte in Indonesien um 15 % im Jahr 2025. KPA registrierte 341 Konfliktausbrüche, die

sich auf über 914.000 Hektar erstreckten und 123.612 Familien in 428 Dörfern zum Teil erheblich beeinträchtigten. Ein wesentlicher Faktor für den Anstieg ist nach Ansicht von KPA die verstärkte Rolle des Militärs bei Projekten zur Ernährungssicherheit. Die Gewalt der indonesischen Streitkräfte in Agrarkonflikten im Jahr 2025 nahm im Vergleich zum Vorjahr um 89 % zu.⁴

3.2.10. Bilaterale Beziehungen Indonesien – Deutschland

Über die vielen Jahre der Zusammenarbeit hinweg haben Indonesien und Deutschland eine vielschichtige Partnerschaft aufgebaut. Diese zeichnet sich durch einen intensiven Wirtschaftsaustausch, strategische und politische Dialoge, einen regen Bildungs- und Kulturaustausch sowie gemeinsame Entwicklungsprojekte aus. Damit unterstreichen sie ihr Engagement für gegenseitiges Wachstum und globale Zusammenarbeit.

In den letzten Jahren haben hochrangige Besuche die traditionell guten Beziehungen zwischen Deutschland und Indonesien weiter gefestigt. So nahm der damalige indonesische Präsident Joko Widodo 2022 am G7-Gipfel in Deutschland teil und 2023 besuchte er die Hannover Messe, um die Bedeutung der Wirtschaftspartnerschaft zu unterstreichen. Im Jahr 2023 nahm der damalige indonesische Verteidigungsminister und heutige Präsident, Prabowo Subianto, am Empfang der Deutschen Botschaft zum Tag der Deutschen Einheit in Jakarta teil. In einer zum Teil auf Deutsch gehaltenen Rede betonte er die große Bedeutung der deutsch-indonesischen Beziehungen. Im Jahr 2024 nahm der ehemalige deutsche Bundespräsident Christian Wulff an der Amtseinführung von Prabowo Subianto als neuem indonesischen Präsidenten teil und signalisierte damit das anhaltende diplomatische Engagement Deutschlands in Indonesien.

In einer bedeutenden diplomatischen Geste wählte der deutsche Außenminister Johann Wadephul Indonesien als zweite Station seiner Asienreise im August 2025, gleich nach seinem Besuch in Japan. In einer Grundsatzerede vor der Foreign Policy Community of Indonesia (FPCI) in Jakarta bezeichnete er Indonesien ausdrücklich als „engen Freund“ und „Partner, den Deutschland und Europa mehr denn je brauchen“.

Im Rahmen der deutsch-indonesischen Entwicklungszusammenarbeit trafen sich hochrangige Vertreter des deutschen Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) und des indonesischen Ministeriums für nationale Entwicklungsplanung (Bappenas) im

Dezember 2025 in Jakarta, um ihre zukünftige Zusammenarbeit abzustimmen. Sie einigten sich auf sechs prioritäre Bereiche für den Zeitraum 2026–2030: Digitalisierung, Kreislaufwirtschaft, urbane Mobilität, Forstwirtschaft, Energie und Berufsausbildung.

Das wirtschaftspolitische Schlüsselereignis des Jahres 2025 für die indonesisch-deutschen Beziehungen war der Abschluss des umfassenden Wirtschaftspartnerschaftsabkommens (Comprehensive Economic Partnership Agreement, CEPA) zwischen Indonesien und der EU. Als größte Volkswirtschaft der EU war Deutschland einer der Haupttreiber dieses Abkommens. Im Rahmen des Abkommens wird die EU die Zölle auf 98,5 % der indonesischen Waren abschaffen, während Indonesien im Gegenzug die Zölle auf rund 80 % der EU-Waren (mit Schwerpunkt auf deutschen Exporten von Maschinen, Automobilen und Milchprodukten) abschafft. Das Abkommen ersetzt zudem ältere bilaterale Verträge durch ein neues, transparentes Investitionsgerichtssystem zum Schutz deutscher Investoren in Sektoren wie Elektromobilität und Pharmazie.

Im Jahr 2025 bleiben die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Indonesien und Deutschland deutlich hinter ihren Möglichkeiten zurück. Dies gilt insbesondere für Deutschland als Exportnation, das nur relativ wenig in das viertbevölkerungsreichste Land der Erde exportiert. Auf der Liste des Statistischen Bundesamtes zu den Handelspartnern der Bundesrepublik vom Oktober 2025 liegt Indonesien auf Position 53 und damit hinter den deutlich kleineren südostasiatischen Nachbarstaaten Malaysia, Singapur, Vietnam und Thailand.⁵

Laut Daten von GTAI vom Dezember 2025 exportierte Deutschland im Jahr 2024 lediglich Waren im Wert von 2,9 Milliarden Euro nach Indonesien und importierte gleichzeitig Waren im Wert von 4,4 Milliarden Euro aus Indonesien, was für Deutschland zu einem Handelsdefizit von 1,6 Milliarden Euro führte.⁶ Dementsprechend weist das weltweit drittgrößte Exportland Deutschland im Jahr 2024 ein Handelsdefizit mit Indonesien auf.

Zu den wichtigsten deutschen Exportgütern nach Indonesien zählten Maschinen, chemische Produkte und Eisen/Stahl. Deutschland hingegen importierte aus Indonesien vor allem Schuhe, Textilien/Bekleidung und Öle/Fette/Wachse. Die Zusammenarbeit in der Automobilindustrie nimmt insbesondere im Bereich der Elektrofahrzeuge an Dynamik zu. Deutsche Autohersteller arbeiteten mit indonesischen Firmen und Behörden zusammen, um die Entwicklung von Lieferketten für Elektrofahrzeuge zu erkunden und dabei die reichen Nickelreserven Indonesiens, welche eine Schlüs-

selkomponente für die Herstellung von Batterien für Elektrofahrzeuge ist, zu nutzen.

Nachhaltigkeit bleibt ein zentrales Thema in den Wirtschaftsbeziehungen zwischen Indonesien und Deutschland. Im Einklang mit Deutschlands globalen Klimaverpflichtungen und Indonesiens wachsendem Fokus auf eine grüne Wirtschaft haben beide Länder ihre Zusammenarbeit bei Umweltprojekten vertieft. Deutsche Entwicklungsagenturen unterstützten in Indonesien Initiativen mit Schwerpunkt auf erneuerbaren Energien, Energieeffizienz, klimaresistenter Infrastruktur und Abfallmanagement. Der Deutsch-Indonesische Tag der Erneuerbaren Energien, der 2024 in Jakarta stattfand, verdeutlichte das wachsende Interesse an gemeinsamen Projekten und Technologietransfer, insbesondere im Bereich Solar- und Windenergie.

Im Februar 2025 übernahm Deutschland die Co-Leitung der International Partners Group im indonesischen Just Energy Transition Partnership (JETP) von den USA, die nach dem Amtsantritt Donald Trumps diese Aufgabe nicht mehr wahrnehmen wollte. JETP ist ein im November 2022 ins Leben gerufenes Abkommen im Wert von 20 Milliarden US-Dollar zur Unterstützung des Übergangs Indonesiens zu einer kohlenstoffarmen Wirtschaft, wobei der Schwerpunkt auf der Dekarbonisierung des Energiesektors und der Beschleunigung des Einsatzes erneuerbarer Energien liegt.

Anfang 2025 wurde ein wegweisendes Abkommen zwischen der deutschen Staatsbank KfW und dem indonesischen Energieversorger PLN unterzeichnet. Die Mittel sind für den Ausbau von Pumpspeicherkraftwerken und den Netzausbau bestimmt, um abgelegene Ökostromquellen mit Industriezentren zu verbinden. Bisher hat die indonesische Regierung allerdings wenige Erfolge bei der Umsetzung einer erfolgreichen Energiewende von fossilen zu erneuerbaren Ressourcen erzielt. Die Energiepolitik Indonesiens ist nach wie vor stark auf Kohlekraftwerke ausgerichtet.

3.2.11. Zusammenfassung und Fazit

Im Jahr 2025 wurde Indonesien von einem neuen Präsidenten regiert. Nach zehn Jahren gab Ex-Präsident Joko Widodo das Amt an seinen gewählten Nachfolger Prabowo Subianto weiter. Dieser Regierungswechsel bedeutete jedoch keinen Neuanfang in der indonesischen Politik, da vieles unverändert blieb oder in die gleiche Richtung fortgeführt wurde.

Das bedeutet, dass sich der bereits von der Jokowi-Regierung eingeleitete Rückgang der Demokratie- Qualität auch im Jahr 2025 fortsetzte. Zu den

Gewinnern des Regierungswechsels zählen die politischen Dynastien, die ihre Macht weiter ausbauen konnten, sowie das Militär, das bereits unter Präsident Jokowi einen Bedeutungszuwachs erlebte und unter Präsident Subianto zu einem immer wichtigeren Machtfaktor Indonesiens werden wird. Beide Tendenzen sind negativ für die Entwicklung der Demokratie in Indonesien.

In außenpolitischer Hinsicht haben sich unter dem neuen Präsidenten Prabowo Subianto im Jahr 2025 keine größeren, jedoch zahlreiche kleinere Veränderungen ergeben. Aufgrund seiner geopolitischen Lage an der Schnittstelle zwischen dem Pazifik und dem Indischen Ozean befindet sich Indonesien in einem sensiblen und strategisch wichtigen Umfeld, in dem die Rivalität zwischen den USA und China stark ausgeprägt ist. Prabowo hat klargestellt, dass Indonesien keine Partei ergreifen, sondern eine „pro-indonesische“ Außenpolitik verfolgen werde, die auf nationalen Interessen, wirtschaftlicher Eigenständigkeit und strategischer Flexibilität basiere.

Einerseits signalisiert der Anfang 2025 vollzogene Eintritt in die von China und Russland dominierte BRICS-Staatengemeinschaft eine Hinwendung zu China, andererseits deutet die demonstrative Unterstützung des Gaza-Friedensplans von US-Präsident Donald Trump in eine andere Richtung.

In der Wirtschaftspolitik hat sich die indonesische Regierung um Präsident Prabowo Subianto sehr ehrgeizige Ziele gesetzt. In seiner Regierungserklärung vom 30. Dezember 2024 gab dieser an, ein BIP-Wachstum von 8 % bis zum Jahr 2029 erreichen zu wollen. Darüber hinaus soll Indonesien anlässlich seines 100-jährigen Bestehens im Jahr 2045 ein voll entwickeltes Land sein. Um dies zu erreichen, hat die Regierung unter Prabowo eine Reihe strategischer Wirtschaftsmaßnahmen eingeführt, die darauf abzielen, die wirtschaftliche Widerstandsfähigkeit Indonesiens zu stärken, Importe zu reduzieren und die Selbstversorgung zu fördern. Diese Initiativen spiegeln ein staatlich gelenktes Entwicklungsmodell wider, das nationale Interessen und wirtschaftliche Souveränität in den Vordergrund stellt. Im Mittelpunkt von Präsident Prabowos wirtschaftlicher Vision steht die Konsolidierung staatlicher Unternehmen unter dem neuen Staatsfonds Danantara.

Hinsichtlich der traditionell guten Beziehungen zwischen Indonesien und Deutschland sind kurzfristig keine größeren Veränderungen zu erwarten. Die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Deutschland, der weltweit drittgrößten Volkswirtschaft, und Indonesien, dem weltweit vierbevölkerungsreichsten Land, bleiben jedoch weiterhin hinter ihrem Potenzial zurück. Das 2025 beschlossene umfassende Handelsabkommen zwischen der EU

und Indonesien eröffnet beiden Seiten nun erhebliche Möglichkeiten, die wirtschaftliche Zusammenarbeit deutlich auszubauen.

Notes

- 1 Der vorliegende Artikel wurde in Absprache mit den Herausgebern bewusst ohne umfangreiche wissenschaftliche Zitationen verfasst. Der Autor hielt sich im Verlauf des Jahres 2024 und 2025 nahezu durchgehend in Indonesien auf und stützte die im Artikel enthaltenen Informationen auf die Lektüre wissenschaftlicher Publikationen, Zeitungs- und Zeitschriftenberichte sowie auf persönliche Gespräche vor Ort.
- 2 Radhiya Indra und Yvette Tanamal, „House Speaker Puan Takes Jab at Jokowi as She Laments Declining Democracy”, *The Jakarta Post Online*, 18. August 2024, <https://www.thejakartapost.com/indonesia/2024/08/18/house-speaker-puan-takes-jab-at-joko-wi-as-she-laments-declining-democracy.html>.
- 3 Imamatul Silfia, „Sri Mulyani: MBG hanya ambil Rp 223 T dari anggaran pendidikan 2026“, *Antara*, 21. August 2025, <https://www.antaraneews.com/berita/5053861/sri-mulyani-mbg-hanya-ambil-rp223-t-dari-anggaran-pendidikan-2026>.
- 4 Kennial Laia, „Konflik Agraria Naik Signifikan pada 2025, Ada Peran Militer: KPA“, *Betahita*, 16. Januar 2026, <https://betahita.id/news/detail/11760/konflik-agraria-naik-signifikan-pada-2025-ada-peran-militer-kpa.html>.
- 5 Statistisches Bundesamt (Destatis), *Ranking of Germany's Trading Partners in Foreign Trade*, 12. Oktober 2025, <https://www.destatis.de/EN/Themes/Economy/Foreign-Trade/Tables/order-rank-germany-trading-partners.pdf>.
- 6 Germany Trade & Investment (GTAI), *Indonesien. Wirtschaftsdaten kompakt*, Dezember 2025, <https://www.gtai.de/de/trade/indonesien-wirtschaft/wirtschaftsdaten-kompakt#/IDN/overview>.

